

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

31.8.1923 (No. 201)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher Zeitung,
Stadthausstr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Telegraphische
Anschlüsse
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. S. Medakteur
Carl Aug.
Geysrich,
Karlsruhe.

Wegweiser: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für August 850 000 M. — Einzelnummer 100 000 M. — Anzeigengebühr: 40 000 M. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Abdruck, der als Kassenabdruck gilt und vervielfältigt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Stadthausstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagergebühren, z. B. bei der Verrechnung der Kontenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Der neue Währungssturz

Der neue Währungssturz, der sich darin ausdrückt, daß am heutigen Freitag der Dollar auf der Berliner Börse von 11 1/2 Millionen Papiermark erreicht hat, läßt die Frage aufstehen, ob es überhaupt noch einen Wert hat, die kostspielige Stützungspolitik für die Mark fortzusetzen, ob es nicht viel besser ist, die Devisenbestände, die man aus der Auslandslieferung zu bekommen hofft, zur Schaffung einer neuen deutschen Festwährung zu verwenden. Natürlich könnte dadurch die Papierwährung nicht vollständig in Fortfall kommen. Wir würden dadurch vorerst ein Land der Doppelwährung werden, was gegenwärtig nur in der Türkei mehrfach der Fall war. Andere Vorschläge gehen dahin, ein Devisengesetz zu erlassen, das ebenfalls den Übergang zur Festwährung vorbereiten soll. Beide Vorschläge sind zweifellos in einem gewissen Zeitpunkt miteinander zu verbinden. Bedingung ist freilich hierzu nicht nur der Wille der Reichsregierung, sondern auch der Wille und die Kraft der deutschen Wirtschaft. Die neue, in erster Linie von der Reichsregierung und den Agrariern, sowie weiteren Interessengruppen betriebene Steuererhöhung, ist die schwerste Sabotage an der Arbeit für die Gesundung der deutschen Wirtschaft. Eine Festwährung stellt ferner alles auf neue Grundlagen, sie bildet nur ein Solides, sie verlangt von der deutschen Wirtschaft, Arbeitgebern u. Arbeitnehmern, von den Staatsverwaltungen, von den Sparvereinen, von den Sparvereinen, die Grundbedingung ist freilich, worauf immer wieder hingewiesen werden muß, daß die Reparations- und die Ruhrfrage in absehbarer Zeit eine Lösung finden, welche die Erhaltung einer Festwährung für Deutschland überhaupt möglich macht. Andernfalls würden wir trotz reichlicher und zielbewusster Bemühungen bald wieder ausschließlich bei der Papiermark anheften.

Wie man in dem zu stabiler Währung gelangten Österreich die deutsche Währungsnot ansieht, zeigt eine Zuschrift, welche von „Frankf. Nachr.“ aus Wien dringen:

In hiesigen politischen und wirtschaftlichen Kreisen verfährt man bei teilnahmsvoller Betrachtung der derzeitigen Marknot in Deutschland und ihrer furchtbaren wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen nicht der Tatsache, daß die maßgebenden politischen Kreise aus den österreichischen Erfahrungen nur wenig oder gar nichts gelernt zu haben scheinen, daß man dem Sinken des Wertes der Mark mit demselben unzulänglichen Maßregeln zu begegnen versucht, wie das in Österreich vor einem Jahre geschehen ist. Dabei kommt noch in Betracht, daß sich Österreich ohne Zweifel deshalb in einer unglücklicheren Lage befindet, weil es die ganzen Jahre hindurch gezwungen war, mindestens zwei Drittel seines Bedarfs an den notwendigen Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen aus dem Ausland zu beziehen. Wenigstens hinsichtlich der Lebensmittel und auch hinsichtlich der Rohstoffe befindet sich Deutschland in günstiger Lage als Österreich.

Dagegen kommt für das Deutsche Reich die Verpflichtung zu den ungeheuerlichen Reparationsleistungen und die Besetzung des Ruhrgebietes als die wirtschaftslogische Erklärung in Betracht, Tatsachen, die natürlich in Österreich die Verteilung der reichsdeutschen Währungsverhältnisse ebenfalls berücksichtigt werden. Gleichwohl herrscht in den hiesigen wirtschaftlichen und finanziell gut unterrichteten Kreisen die Meinung, daß man auch in Deutschland die Entwertung der Währung zu viel und in manchen Kreisen zu ausschließlich als ein rein finanzpolitisches Problem betrachtet und behandelt. In Österreich wurde in den letzten Jahren die Krone vor dieser einseitig finanzpolitischen Einstellung gewahrt. Im großen und ganzen haben sich in Österreich die meisten rein finanzpolitischen Maßregeln gegen den Verfall der Währung als unwirksam erwiesen. Dies gilt besonders auch von allen Versuchen, den Kurs der österreichischen Krone im Ausland durch Stützungskonten zu halten oder gar für einige Zeit zu heben. Man steht daher in den erwähnten österreichischen Kreisen den gleichen reichsdeutschen Versuchen für den Kurs der Mark im Ausland skeptisch gegenüber.

In dieser Hinsicht traf der Generalkommissar des Völkerbundes für Österreich, Dr. Zimmermann, in seinem letzten Bericht an den Völkerbund über die Lage in Österreich ohne Zweifel das Richtige als er feststellte: „Die Festigung des österreichischen Kredites und die Vorbereitung der garantierten Anleihe haben ihre Wirkung auf die Währungsverhältnisse des Landes ausgeübt. Der Devisenmarkt hat im Mai nicht nur fremde Zahlungsmittel aus der Realisierung eines Teiles ausländischer zur Verfügung der Regierung stehender Kredite erhalten, auch aus dem Publikum sind ihm große Mengen von Barmitteln zugeflossen: Viele Österreicher haben endgültig Vertrauen gefaßt und ihre ausländischen Guthaben heimwärts und in Kronen verwandelt; Ausländer haben in Österreich Kapitalien investiert und das Angebot an Devisen hat die Nachfrage überflügelt. . . Die Krone ist trotz des rapiden Sturzes der Währung gewissermaßen nachbarlich zur Parität 14 000 stabil geblieben.“ In der Hauptsache wird hier die Stabilisierung des Wertes der Krone außer auf die Wirkung der Völkerbundskredite, die das Herstellen des Gleichgewichtes im Staatshaushalt ohne Inanspruchnahme der Notenpresse ermöglichen, auf die Tatsache einer gewissen inneren Konsolidierung Österreichs zurückgeführt. Österreich erweist sich, von gewissen vereinzelten Erscheinungen abgesehen, einer inneren Ruhe. Weder die österreichische Wirtschaft, noch das Ausland sind gezwungen, mit den Möglichkeiten innerer Unruhen in

Österreich rechnen zu müssen. Es wird nicht jeden Tag von irgend einer Seite ein Ansturm angekündigt. Zwar sind auch in Österreich die Parteien, dem Beispiel der Marxisten aller Richtungen folgend, militärisch organisiert. Aber sie bedrohen mit ihren militärischen Organisationen doch nicht nahezu täglich die innere Einheit des Staates und seine Verfassung. Das alles wirkt ohne Zweifel günstig auch auf die Währungsverhältnisse ein. Man ist daher in Österreich davon überzeugt, daß Deutschland trotz der furchtbaren Not der gegenwärtigen Zeit sich aus dieser Not befreien könnte, wenn es im Innern einig und ruhig bliebt!

Italien und die Ruhrfrage

Der italienische Ministerpräsident Mussolini hat am Donnerstag im Kabinettsrat Erklärungen zur Ruhrfrage abgegeben, in denen er eine leichte Besserung der Situation feststellte. Er wies darauf hin, daß jede Entente macht sich dabei hüten werde, einen endgültigen Druck in der Entente herbeizuführen. Die belgische Note näherte sich der italienischen Auffassung. Man dürfe sich aber nicht der Illusion hingeben, daß eine Regelung der Reparationsfrage nahe bevorstehe. Trotz Deutschlands innerer Lage und der großen Notwendigkeit aller Völker Europas bestehe kein Grund an der Regelung des Problems zu zweifeln. Italien werde seine Stimme und seine Aktion geltend machen, damit eine Lösung gefunden wird, welche den nationalen Interessen Italiens Rechnung trage und Deutschland eine Zahlung auferlege, die gleichzeitig gerecht sei und das Chaos in Deutschland verbinde, dessen Beseitigung für ganz Europa verhängnisvoll wäre. Mussolini erneuerte an seine Erklärung vom 8. Juni und an die darin aufgestellten 4 Punkte über Italiens Stellungnahme. Diese Punkte betonen, daß Deutschland eine Summe bezahlen soll und muß, die jedoch weit hinter den hundertsten Teil der Währungsverluste zurückbleibt, von denen man unmittelbar nach den Waffenstillstand gesprochen hat. Italien könne keine Veränderungen territorialer Art zulassen, die zu einer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Vorherrschaft führen würden. Italien sei bereit, seinen Anteil an den notwendigen Opfern zu bringen, um das Wirtschaftsleben Europas wieder herzustellen. Die italienische Regierung sei mehr denn jemals der Ansicht, daß das Problem der Reparationen und das der interalliierten Schulden eng miteinander zusammenhängen. Was den ersten Punkt anlangt, so sei die Summe von 50 Milliarden genannt worden, die auch in der italienischen Denkschrift genannt habe. Die einzige neue Tatsache seien lediglich der Kabinetswechsel in Deutschland und die gewisse Sonderstellung Belgiens in seiner Note.

In London ist man dem Pariser „Temps“ zufolge — im Gegensatz zu Mussolini — der Ansicht, die durch eine Prüfung der belgischen Note durch das Schlichtungsbüro bestätigt würde, daß die Situation keinerlei Veränderung erfahren habe. Man sei stark enttäuscht, insbesondere darüber, daß Belgien in seiner Note dem englischen Wunsch nach einer Überprüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch eine internationale Kommission nicht mehr Beachtung geschenkt habe. Die englische Antwort darauf sei die ungewöhnliche Erwähnung, daß der englische Bericht auf die Entwertung seiner Guthaben von den Alliierten noch keineswegs endgültig ausgesprochen sei. Weiterhin aber ließen die englischen Sachverständigen verlauten, daß man in London unter keinen Umständen sich auf eine Revision des Verteilungsschlüssels von Spa einlassen werde. Man mache geltend, daß die Annahme des von Belgien vorgeschlagenen Reparationsplanes zu einer Fixierung der deutschen Schuld auf etwa 80 Milliarden führen müsse, nämlich 26 Milliarden für Frankreich, 14,2 Milliarden für England, 5 Milliarden für Italien, 4,4 Milliarden für die anderen europäischen Staaten, 2,9 Milliarden, die Frankreich und Italien an Amerika schulden, und endlich der noch nicht fixierte Betrag, den Lord Curzon den Dominions vorschaltete habe. Da nicht daran zu denken sei, von Deutschland Summen in dieser Höhe herauszubekommen, müßten Frankreich und Belgien Konzeptionen machen.

Das Pariser „Journal des Debats“, gibt der Befürchtung Ausdruck, daß man in den maßgebenden englischen Kreisen sich bereits auf das endgültige Scheitern der Verhandlungen einzustellen beginne. Die einzige Hoffnung liege in einer direkten Ansprache zwischen den leitenden Staatsmännern. Die Gelegenheit, die sich heute bietet, werde so bald nicht wiederkehren. Die englische Regierung werde wahrscheinlich durch die Reichskonferenz im Oktober eine Politik der Isolierung billigen lassen, an die sie dann ein für allemal gebunden sei. Frankreich aber werde zur Wahrung seiner Rechte auf nichts anderes mehr zu rechnen haben, als auf die Erfolge seiner direkten Aktion gegen Deutschland. Diese Entwicklung wäre gleich behauerlich für England wie für Frankreich. Poincaré müßte die Initiative ergreifen und Baldwin eine Konferenz vorschlagen, zumal da dieser durch die Wahl eines französischen Abgeordneten zum Parliamentspräsidenten deutlich genug seine Bereitschaft dazu bekundet habe.

Zu der vom „Daily Telegraph“ gegebenen Information, wonach der deutsche Reichsminister in London habe wissen lassen, daß es nicht in der Absicht der deutschen Regierung liege, über den Kopf Englands und der anderen Alliierten hinweg besonders mit Frankreich zu verhandeln, schreibt der Pariser „Temps“, eine solche Demarche lasse nur zwei Erklärungen zu: Entweder sei sie durch eine von der englischen Diplomatie in Berlin gestellte Anfrage provoziert worden, was beweisen würde, daß man in England eine Entspannung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beabsichtige, oder aber Herr Stresemann habe aus eigenem Antrieb gehandelt mit der Absicht, England seinen guten Willen zu beweisen in Hinblick auf spätere Dienste, die er von dort erwartet. Die letztere Auslegung sei die wahrscheinlichere.

Eine Krise des passiven Widerstands?

Die Nachrichten über eine angebliche Krise des passiven Widerstandes, die in Köln verbreitet wurden, ohne daß eine entsprechende Nachprüfung ihrer Zuverlässigkeit möglich war, machen, wie die „Frankf. Ztg.“ von dort meldet, selbstverständlich im ganzen besetzten Gebiet den tiefsten Eindruck. Es handelt sich um zwei Meldungen, von denen die eine aus den Kreisen der Unternehmerschaft auszugehen scheint, während die andere die Haltung der Arbeiterschaft betrifft. Nach einer Berliner Meldung der der Industrie nahestehenden „Grenz-Korrespondenz“, hätten in Berlin in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen der Regierung und Vertretern des Wirtschaftslebens des besetzten Gebiets stattgefunden, die u. a. die Benutzung von Reglerzügen für Lebensmitteltransporte zum Gegenstand hatten; ungefähr gleichzeitig glaubte der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ in Berlin feststellen zu können, daß die Arbeiterschaft und mit ihr die übrige Bevölkerung des Ruhrgebietes bereit sei, den passiven Widerstand einzustellen, sofern Frankreich sich damit einverstanden erkläre, die Ausgewiesenen zurückzuführen zu lassen, die Gefangenen freizugeben und allgemeine Sicherheiten für das Leben und die Existenz der Bevölkerung zu bieten. Was unter diesen allgemeinen Sicherheiten zu verstehen ist, wurde nicht näher ausgeführt, indessen kann über die Tragweite der beiden Meldungen natürlich kein Zweifel bestehen — falls sie zutreffen. Im besetzten Gebiet ist die Arbeiterschaft durch diese Berliner Meldungen jedenfalls sehr überrascht worden. Nachstehende Meldung zeigt dies:

Essen, 30. Aug. Die Ausführungen des englischen Arbeitervertreter Tom Shaw, die nun im Ruhrgebiet bekannt wurden, haben hier nicht geringes Erstaunen hervorgerufen. Tom Shaw muß die deutschen Arbeiter gründlich mißverstanden haben. Die Bedingungen, die er angibt, haben sich die deutschen Gewerkschaften niemals zu eigen gemacht. Es kann gar keine Rede davon sein, daß der deutsche Arbeiter derartige eventuelle Bedingungen für eine eventuelle Aufgabe des passiven Widerstandes jemals gutheißen könnte und daß die Gewerkschaften „zu einem vernünftigen Kompromiß bereit“ seien und unter gewissen Garantien den passiven Widerstand aufgeben wollen“. Tom Shaws Vorschläge lassen eine wichtige Voraussetzung vollkommen unberührt: die Räumungsfrage. Erst muß das Schicksal des deutschen Landes an der Ruhr endgültig entschieden sein, bis ein Kompromiß kommen kann.

Düsseldorf, 30. Aug. Seitern wurde ein Geldtransport von 1 Billion 3 Milliarden Mark Stadigeld von den Franzosen weggenommen. Die Fortschaffung dieser ungeheuren Summe geriet den soeben mit den äußersten Mitteln wieder hergestellten Geldverkehr in Düsseldorf dermaßen, daß keine Kasse mehr in der Lage ist, zu überleben, wie weit ihre Zahlungsmittel noch reichen. Der Oberbürgermeister wurde bei dem Militärbesatzhaber vorstellig. Das Oberkommando der Rheinarmee teilte jedoch mit: Nachdem die Reichsregierung alle ihre Zahlungsverpflichtungen an die alliierte Besatzungsarmee eingestellt hat, sieht sich das Oberkommando, um die Bedürfnisse der Truppen sicherzustellen, gezwungen, auf Requisition von Zahlungsmitteln in der ganzen Besatzungszone zurückzugreifen. Welches auch die Folgen dieser Requisitionen sein mögen, so kann angesichts der Haltung des Bevölkerung der Oberkommandierende den Truppen nur ihre Fortsetzung befehlen, solange nicht die Reichsregierung die notwendigen Zahlungen wieder aufgenommen hat, zu denen sie zu dem Unterhalt der Besatzungstruppen verpflichtet ist.

Ludwigshafen, 28. Aug. Dorten hat in der vorigen Woche eine Propagandareise in die Pfalz unternommen. Er hielt sich in Landau, Eberbach und Kaiserslautern auf und versuchte in der Pfalz Vertrauensleute für seine Loslösungsbestrebungen zu gewinnen. Er versucht mit Hilfe der sogenannten revolutionären Aktionsausschüsse die Arbeitslosen, deren Zahl wegen der Stilllegung eines großen Teiles der pfälzischen Industrie infolge des Ruhrstreikes und der fortgesetzten Verkehrsperren groß ist, ins separatistische Fahrwasser zu bringen. Dabei behielt er sich der Syndikalistischen und Anarcho-syndikalistischen kommunistischen „Arbeiterzeitung“ für sich anlässlich von Ausschreitungen subversiver Elemente gegen die Kommunisten in Ludwigshafen das separatistische Treiben der „revolutionären Aktionsausschüsse“ aufs schärfste beurteilt und die Arbeiterschaft vor den Separatisten gewarnt hatte.

DZ. Speyer, 30. Aug. Stadtbaurat Gellein und Bezirksamtmann v. Schöber wurden von der Besatzungsbehörde verhaftet.

Essen, 30. Aug. Die Lage im Bergbau hat sich im Laufe des heutigen Tages wesentlich gebessert. Nachdem die gestrigen Verhandlungen zwischen den Bergleuten und dem Rechenverband unter dem Vorsitz des Kommissars beim Staatskommissariat Ende zu einem anderen Ergebnis geführt hatten, als daß der Rechenverband als Grundlage jeden Verhandlung die Forderung stellte, daß zunächst die Bergleute die Arbeit aufnehmen sollten, sind heute morgen mit Ausnahme von drei Schachtanlagen die Bergleute wieder vollständig zur Arbeit angehalten. Auf drei Schachtanlagen gelang es der rein syndikalistischen Mehrheit, den arbeitswilligen Teil der Bergleute zu hindern, und es ist mehr als interessant, daß es sogar Kommunisten waren, die mit den Bergleuten die Arbeit aufgenommen hatten und nun mit Gewalt von den Syndikalistischen aus der Grube geholt wurden. Man verspricht sich in Bergarbeiterkreisen außerordentlich viel von der am Montag stattfindenden Versammlung aller vier Organisationen, die in Wodum stattfinden. Den verheirateten Bergleuten wurde eine Zwischenzahlung von 20 und den ledigen eine solche von 24, 20 und 16 Millionen Mark bezahlt.

Krupp im Gefängnis zu Lille. Nach einer vom „Neuen Wiener Journal“ bei der Wiener französischen Gesandtschaft eingeholten Information ist Herr Krupp von Woblen und Galsbad in das Gefängnis von Lille überführt worden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

am 31. August vorberichtig
Tendenz: fest

	31. August	Monat. Kurs vom 30. Aug.	Woch.
Amsterdam	4 500 000	4 209 200	4 200 000
Kopenhagen	2 135 000	2 054 875	2 075 125
Italien	485 000	478 800	481 200
London	52 000 000	49 676 000	50 125 000
New York	11 500 000	10 975 000	11 027 500
Paris	650 000	624 440	625 560
Schweiz	2075 000	1 975 030	1 984 950
Wien	237 000	233 120	234 810

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent.

Die Ablieferung der ausländischen Zahlungsmittel. Bis zum Erlass der Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung des Reichspräsidenten über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände können ausländische Zahlungsmittel (nicht Wertpapiere), die den allgemeinen Ankaufsbedingungen der Reichsbank entsprechen, unter ausdrücklichen Hinweis darauf, daß die Ablieferung auf Grund der genannten Notverordnung erfolgt, schon jetzt bei sämtlichen Reichsbankstellen und bei der Devisenabteilung der Reichsbank in Berlin unter Vorlegung aller Rechte und Pflichten gegen vorläufige Empfangsbescheinigung abgeliefert werden und die vorläufige Empfangsbescheinigung nach näherer Anordnung der Durchführungsbestimmungen gegen eine endgültige Quittung umzutauschen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die in der Notverordnung in Aussicht genommene Straffreiheit sich nicht auf den Erwerb von ausländischen Zahlungsmitteln erstreckt, der nach dem 26. August 1923 stattgefunden hat.

Wieder Erhöhung des Goldpolkaufpreises. Für die Zeit vom 1. bis 7. September einschließlich beträgt das Goldpolkaufgebot 129 019 900 (bisher 87 189 900) Prozent.

Frisko der Leipziger Herbstmesse. Der Verlauf der Leipziger Herbstmesse spiegelt die schwere Wirtschaftslage Deutschlands wider. Das Ausland kam als Käufer fast gar nicht in Betracht. Nennenswerte Inlandsgechäfte wurden nur insoweit getätigt, als notwendiger Lebensbedarf zu decken war.

„Bax“ Industrie- und Handelsgesellschaft K.-G. Karlsruhe. Unter obiger Firma wurde die seit ungefähr 8 Jahren bestehende gleichnamige G. m. b. H., besonders in den letzten Jahren, eine starke Ausdehnung ihres Geschäftsbetriebes zu verzeichnen hatte, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die Aktien (M. 8 000 000) werden von den Gründern übernommen. Gründer und erste Aufsichtsratsmitglieder sind die Herren: Stadtrat und Konsul Willi Menzinger, Emil Baer (in Firma Bankgeschäft W. & Glend), Julius Kaller (in Firma Böhrler & Co.), Fabrikant Heinrich Knippenberg, sämtliche in Karlsruhe, Siegfried Baer (in Firma Lehmann Baer Söhne) in Hirschfeld, und Bezirks- und Anwalt Philipp Meerapfel (in Firma Meerapfel Söhne) in Unterzombach. Die Direktion bleibt in den Händen des seitigeren Geschäftsführers, Herrn Albert Baer, Karlsruhe.

Italienische Weinerte. Die Weinbauern unseres Landes dürfte es interessieren, über die Lage der italienischen Weinbauern zu erfahren. Nach dem italienischen Fachblatt für Weinbau, stellt sich diese schätzungsweise auf 65 Millionen Hektar, wobei der Weinertag auf 42 Millionen Hektoliter geschätzt wird.

Staatsanzeiger.

Dem **Reichsbahnverband** ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalsators auf der Rennbahn in Jffesheim anlässlich des am 9. September 1923 stattfindenden Pferderennens erteilt worden.

Karlsruhe, den 28. August 1923.
Der Minister des Innern.
J. A.: Dr. A. Junz.

Die in der Zeit vom 26. bis 31. Juli 1923 abgehaltenen **Gewerbekennungsprüfungen** haben folgende Kandidaten bestanden: Biele, Adolf, von Breiten, Bod, Rudolf, von Oberkirch, Brill, Rudolf, von Karlsruhe, Emmerich, Johann, von Santhofen, Mannheim, Jacobi, August, von Karlsruhe, Kaucher, Erwin, von Karlsruhe, Wiltner, Franz, von Karlsruhe, Stricker, Josef, von Maximiliansau (Pfalz), Bierling, August, von Heidelberg, Weber, Bruno, von Karlsruhe, Jeller, Max, von Wörth (Amt Etlingen), Hoff, Albert, von Aglasterhausen (Amt Mosbach).

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Wertbeständige Personentarife.

Ab 1. September 1923 werden bei der deutschen Reichsbahn wertbeständige Personen-, Gepäck- und Expressguttarife eingeführt, d. h. die Fahrpreise und Frachttarife werden in Grundpreisen ausgedrückt, die vervielfacht mit einer jeweils bekanntzugebenden Schlüsselzahl den Erhebungsbetrag ergeben. Die Grundpreise für 1 Kilometer betragen 1,8 Pf. für 1. Kl., 9,9 Pf. für 2. Kl., 3,3 Pf. für 3. Kl., 2,3 Pf. für 4. Kl., 1 Pf. für Militär und 0,85 Pf. für 10 Kilogramm Gepäck. Der Expressguttarif entspricht wie bisher dem um 60 v. H. erhöhten Satz der allgemeinen Gülttarife.

Zur **Unterbringung der Reisenden** wird wie bisher eine „Preisliste für den Personenverkehr“ auf den Stationen ausgehängt. Sie enthält nur die Grundpreise. Die Schlüsselzahl mit der die Grundpreise zu vervielfachen sind, wird im Kopf des Ausgangs handschriftlich angegeben und bei jeder Änderung der Schlüsselzahl berichtigt. Die gedruckten Fahrkarten werden wie bisher, ohne Preis ausgegeben. Sie erhalten auch künftig nur den Aufdruck der Kilometer. Neben der Preisliste für den Personenverkehr wird eine Umrechnungstabelle ausgehängt aus der die fertigen Erhebungsbeträge (Grundpreis x Schlüsselzahl) von den Reisenden mit Hilfe des Entfernungsanhangs mühelos abgelesen werden können.

Die **Gepäck- und Expressguttarife** werden ebenso wie die Fahrpreise in Grundpreisen ausgedrückt. Für die nach den Grundpreisen errechnete Fracht werden die Erhebungsbeträge aus den Umrechnungstabellen entnommen.

Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:
zu Notensteinmeister Bernhard Ders, Adolf Start, Georg Wader zu planmäßigen Polizeiwachmeister.
Berufen:
Amtmann Walter Schäfer in Etlingen zum Bezirkamt Karlsruhe.

... 8 Uhr auf der Ausfahrstraße zwei Wagen III. Klasse des Schnellzuges mit je einer Kasse. Dabei erlitt ein Reisender eine leichte Fingerquetschung, eine Reisende einen Nervenanfall. Der Schnellzug konnte mit seinen vorderen Wagen die Fahrt nach 10 Minuten fortsetzen. Im übrigen blieb die Strecke bis zur Einhebung der teilweise entgleisten Wagen bis nach 1/2 Uhr gesperrt, wobei der Personenverkehr durch Umleiten aufrecht erhalten wurde.

DZ. Zell a. S., 29. Aug. Da die Löhne unerschwinglich hoch geworden sind, mußten die Arbeiter an dem Neubau der Heilstätte Nordrach Kolonie eingestellt werden. Auch mit den Arbeiten am Rathausbau in Wiberach wird es nicht mehr allzu lange dauern. Wie man hört, soll auch hier die Fortführung des Baues unterbrochen werden.

DZ. Waldshut, 30. Aug. Das diesjährige Christkindchen stand unter dem Druck der Zeit und wies nicht einen so lebhaften Besuch auf, wie im vorigen Jahre. Am Nachmittagsmittag waren eine Anzahl Schützen aus der Schweiz erschienen. Das beste Resultat bei den beiden Schießereien erzielten der Kaufmann Wilhelm Hauser aus Waldshut bezw. der Betriebsleiter Ferdinand Forster aus Wehrhan.

Konstanz, 30. Aug. Am Montag, den 3. September, verkehrt Gültzug mit Personenbeförderung 6066 zwischen Singen (ab 1,15) und Konstanz (an 2,30) wieder regelmäßig.

DZ. Von der Hohemühre. Die Einweihung des wieder aufgebauten Hohemühreturmes, die ursprünglich zu einem früheren Zeitpunkt in Aussicht genommen war, wird nunmehr am Sonntag, den 30. September stattfinden.

DZ. Aus der Schweiz. In der Nacht auf vergangenen Samstag war in den Schweizer Bergen in den Höhen über 2000 Meter bereits leichter Schneefall zu verzeichnen. In 2300 Meter Höhe betrug die Temperatur nachts 0 Grad.

DZ. Kaiserlautern, 30. Aug. Die Gasanstalt von Kaiserlautern befindet sich in einer schwierigen Finanzlage und es besteht Gefahr der Stilllegung des Gaswerkes. Um den Betrieb aufrecht zu erhalten, verlangt nun das Gaswerk von den Abnehmern unverzinsliche Darlehen von einer Million aufwärts, die später zur Rückzahlung gelangen sollen.

Aus der Landeshauptstadt

Der Postwertzeichenmangel. Um bei dem herrschenden Mangel an hochwertigen Postwertzeichen eine Gelegenheit zur Auslieferung von gewöhnlichen Briefsendungen zu schaffen, wird am Sonntag, den 2. September, ein Schalter beim Hauptpostamt, Kaiserstraße, zur Entgegennahme von freizumachenden Briefen usw. in der Zeit von 8—12 Uhr vorm. und 4—7 Uhr nachm. geöffnet sein. Im weiteren werden an dem genannten Tage am Telegrafmannschaftsamt des Postamts 2 (Hauptbahnhof) solche Sendungen von 7 Uhr vorm. bis 7 Uhr nachm. angenommen.

Am Badischen Landes-Theater hielt am Donnerstag abend 6 Uhr die Feiern der Feuerwehr unter Leitung der beiden Kommandanten Heuser und Daler eine in allen Teilen gelungene Hauptübung ab. Der Übung lag die Idee zugrunde, daß im Bühnenraum Feuer ausgebrochen sei und es sollte Aufgabe der Feuerwehr sein, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken, so daß der Zuschauerraum nicht davon ergriffen wird. Es wurde ferner angenommen, daß sowohl der eiserne Vorhang als auch die Rauchklappen geschlossen worden seien, um jede Rauchbelästigung abzuhalten. Da mit einem Feuer ausbruch naturgemäß auch eine Panik einsetzt, die jedoch nach der Annahme der Übung nicht nötig gewesen wäre, so setzte doch als Anfang der Übung die Rettungssaktion ein, bei welcher die Maschinenleiter an den Fenstern angelehnt wurden und auch Rettungsschlauch und Sprungtuch zur Verwendung gelangten. Wie im Ernstfalle ergriffen zuerst die Feuerwache mit 3 Fahrgäulen, dann die 1., 2., 3., 4. Kompanie und die Wasserposten zur Rettungssaktion. Hierauf wurde zum Hauptangriff übergegangen, wobei die Aufstellung folgende war: Die Feuerwache, sowie die 2. und 3. Kompanie nahmen an der südlichen und die 1., 4. Kompanie an der nördlichen Seite Aufstellung und bald prasselten aus 10 Schlauchlinien unter Verwendung von 9 Maschinenleitern und einer eisernen Gebäudeleiter die kräftigen Wasserstrahlen vom Nordost über das Gebäude. Die früheren schlechten Wasserverhältnisse haben dadurch eine Verbesserung erfahren, daß rechts und links vor dem Gebäude und im botanischen Garten 2 Oberflächhydranten aufgestellt fanden, wodurch das Speisepumpen der Spritzen aus dem Bassin wie früher wegfallen konnte. Der Wasserstrahl war ein sehr kräftiger. Nach einer zweimaligen Wasserergoß galt die Übung als beendet und eine Vorbesprechung vor den geladenen Gästen am Gebäude der Staatschuldensverwaltung bildete den Schluß der schon angelegten Übung. Unter den Gästen bemerkten wir seitens der Stadt die Bürgermeister Sauer und Schneider und Stadtrat Köpfer. Das Maschinenbauamt war durch Baurat Seitz vertreten, die Generaldirektion der Reichsbahn durch Geh. Rat Schulz und Oberbaurat Courtin, Baurat Dr. Dofft; ferner waren anwesend Oberamtmann Schabitz, Polizeioberst Wankenhorn u. a. Vertreter auswärtiger Feuerwehren, so von Mühlheim, Rehl, Forzheim und verschiedener Vororte wohnten der Übung mit großem Interesse bei. Die Freiwillige Sanitätskolonne des Männerhilfsvereins hatte wieder eine Bereitschaftswache gestellt, doch verlief die Übung ohne jeglichen Unfall.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 52 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Notgesetz: über die fünfte Änderung des badischen Ausführungsgesetzes vom 6. Oktober 1921 in der Fassung des Gesetzes vom 20. Juli 1923 zum Wohnungsabgabegesetz. Verordnungen und Bekanntmachung: des Staatsministeriums: Dienstfreistellen; des Finanzministers: Änderung der Ausführungsbestimmungen zur Dienstfreistellungsverordnung; Änderung der Vollzugsverordnung zum Fleischsteuergesetz; des Arbeitsministers: der Vollzug des Gesetzes über die Verbesserung der Feldenteilung (Halbbereinigung).

Mannheim, 30. Aug. Eine am Mittwoch vormittag abgehaltene Versammlung der freiwirtschaftlichen und verwandten Berufe hat einstimmig beschlossen, die Vermittlungsvorschläge der Stadtverwaltung abzulehnen. Der Vorsitzende des Landesverbandes der Gastwirte, der der Versammlung beizuhören, erklärt, daß die Mannheimer Bewegung auf alle badischen Städte übergreifen werde. Die eingehende Aussprache gipfelte in der einstimmigen Annahme folgender Forderungen beim. Beschlüsse, die der Stadtverwaltung mit dem Ersuchen übermittelt werden, bis längstens Freitag früh Antwort zu geben, welche Stellung der Stadtrat hierzu einzunehmen gedenkt. 1. Bier und Obstwein werden nicht mit 5 Prozent, sondern mit 3 Prozent und zwar vom 1. Oktober ab, versteuert. 2. Die Besteuerung der Bestände wird grundsätzlich abgelehnt. 3. Herabsetzung der Prozentzuschläge für neu hereinkommende Getränke einheitlich auf 30 Prozent. 4. Befreiung der Reichsweinsteuern von der städtischen Getränkesteuer. 5. Sämtliche Städte Badens schließen sich den Forderungen der Mannheimer Gastwirte an unter Führung des Landesverbandes.

DZ. Freiburg, i. Br., 29. Aug. Am 9. September dieses Jahres wird das hiesige Stadttheater seine Spielzeit 1923/24 mit der Aufführung der Meisterfänger eröffnen. Am Dienstag, den 11. September, gelangt dann der „Kauf“ zur Erstaufführung. Der altbewährten Spielzeit ist es gelungen, einen großen Teil des bisherigen beliebten Künstlerpersonals auch für die neue Spielzeit zu erhalten und weitere erste Kräfte hinzuzugewinnen. So wird man von den bisherigen Künstlern u. a. die Namen v. Manoff, Orne, Sadowiger, Dornbusch, Schmidt, Köhler, Dollinger wieder auf dem Spielplan finden, für das Schauspiel Hellbad-Albin, Mülling, Fischer-Colbrice, Dard, Schönbal, Frene, Drell, Gebenteck usw. Neu hinzugekommen sind u. a. die Herren Theo Martin, Hans Bünzel, Max von Galdern, sowie Fräulein Jüngst aus Dresden.

Neuhaust i. Schw., 30. Aug. Bei Kreuzung der Höhe 387 und 169 Holzlebrud entgleisten am 29. August nachmittags

... 8 Uhr auf der Ausfahrstraße zwei Wagen III. Klasse des Schnellzuges mit je einer Kasse. Dabei erlitt ein Reisender eine leichte Fingerquetschung, eine Reisende einen Nervenanfall. Der Schnellzug konnte mit seinen vorderen Wagen die Fahrt nach 10 Minuten fortsetzen. Im übrigen blieb die Strecke bis zur Einhebung der teilweise entgleisten Wagen bis nach 1/2 Uhr gesperrt, wobei der Personenverkehr durch Umleiten aufrecht erhalten wurde.

DZ. Zell a. S., 29. Aug. Da die Löhne unerschwinglich hoch geworden sind, mußten die Arbeiter an dem Neubau der Heilstätte Nordrach Kolonie eingestellt werden. Auch mit den Arbeiten am Rathausbau in Wiberach wird es nicht mehr allzu lange dauern. Wie man hört, soll auch hier die Fortführung des Baues unterbrochen werden.

DZ. Waldshut, 30. Aug. Das diesjährige Christkindchen stand unter dem Druck der Zeit und wies nicht einen so lebhaften Besuch auf, wie im vorigen Jahre. Am Nachmittagsmittag waren eine Anzahl Schützen aus der Schweiz erschienen. Das beste Resultat bei den beiden Schießereien erzielten der Kaufmann Wilhelm Hauser aus Waldshut bezw. der Betriebsleiter Ferdinand Forster aus Wehrhan.

Konstanz, 30. Aug. Am Montag, den 3. September, verkehrt Gültzug mit Personenbeförderung 6066 zwischen Singen (ab 1,15) und Konstanz (an 2,30) wieder regelmäßig.

DZ. Von der Hohemühre. Die Einweihung des wieder aufgebauten Hohemühreturmes, die ursprünglich zu einem früheren Zeitpunkt in Aussicht genommen war, wird nunmehr am Sonntag, den 30. September stattfinden.

DZ. Aus der Schweiz. In der Nacht auf vergangenen Samstag war in den Schweizer Bergen in den Höhen über 2000 Meter bereits leichter Schneefall zu verzeichnen. In 2300 Meter Höhe betrug die Temperatur nachts 0 Grad.

DZ. Kaiserlautern, 30. Aug. Die Gasanstalt von Kaiserlautern befindet sich in einer schwierigen Finanzlage und es besteht Gefahr der Stilllegung des Gaswerkes. Um den Betrieb aufrecht zu erhalten, verlangt nun das Gaswerk von den Abnehmern unverzinsliche Darlehen von einer Million aufwärts, die später zur Rückzahlung gelangen sollen.

Aus der Landeshauptstadt

Der Postwertzeichenmangel. Um bei dem herrschenden Mangel an hochwertigen Postwertzeichen eine Gelegenheit zur Auslieferung von gewöhnlichen Briefsendungen zu schaffen, wird am Sonntag, den 2. September, ein Schalter beim Hauptpostamt, Kaiserstraße, zur Entgegennahme von freizumachenden Briefen usw. in der Zeit von 8—12 Uhr vorm. und 4—7 Uhr nachm. geöffnet sein. Im weiteren werden an dem genannten Tage am Telegrafmannschaftsamt des Postamts 2 (Hauptbahnhof) solche Sendungen von 7 Uhr vorm. bis 7 Uhr nachm. angenommen.

Am Badischen Landes-Theater hielt am Donnerstag abend 6 Uhr die Feiern der Feuerwehr unter Leitung der beiden Kommandanten Heuser und Daler eine in allen Teilen gelungene Hauptübung ab. Der Übung lag die Idee zugrunde, daß im Bühnenraum Feuer ausgebrochen sei und es sollte Aufgabe der Feuerwehr sein, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken, so daß der Zuschauerraum nicht davon ergriffen wird. Es wurde ferner angenommen, daß sowohl der eiserne Vorhang als auch die Rauchklappen geschlossen worden seien, um jede Rauchbelästigung abzuhalten. Da mit einem Feuer ausbruch naturgemäß auch eine Panik einsetzt, die jedoch nach der Annahme der Übung nicht nötig gewesen wäre, so setzte doch als Anfang der Übung die Rettungssaktion ein, bei welcher die Maschinenleiter an den Fenstern angelehnt wurden und auch Rettungsschlauch und Sprungtuch zur Verwendung gelangten. Wie im Ernstfalle ergriffen zuerst die Feuerwache mit 3 Fahrgäulen, dann die 1., 2., 3., 4. Kompanie und die Wasserposten zur Rettungssaktion. Hierauf wurde zum Hauptangriff übergegangen, wobei die Aufstellung folgende war: Die Feuerwache, sowie die 2. und 3. Kompanie nahmen an der südlichen und die 1., 4. Kompanie an der nördlichen Seite Aufstellung und bald prasselten aus 10 Schlauchlinien unter Verwendung von 9 Maschinenleitern und einer eisernen Gebäudeleiter die kräftigen Wasserstrahlen vom Nordost über das Gebäude. Die früheren schlechten Wasserverhältnisse haben dadurch eine Verbesserung erfahren, daß rechts und links vor dem Gebäude und im botanischen Garten 2 Oberflächhydranten aufgestellt fanden, wodurch das Speisepumpen der Spritzen aus dem Bassin wie früher wegfallen konnte. Der Wasserstrahl war ein sehr kräftiger. Nach einer zweimaligen Wasserergoß galt die Übung als beendet und eine Vorbesprechung vor den geladenen Gästen am Gebäude der Staatschuldensverwaltung bildete den Schluß der schon angelegten Übung. Unter den Gästen bemerkten wir seitens der Stadt die Bürgermeister Sauer und Schneider und Stadtrat Köpfer. Das Maschinenbauamt war durch Baurat Seitz vertreten, die Generaldirektion der Reichsbahn durch Geh. Rat Schulz und Oberbaurat Courtin, Baurat Dr. Dofft; ferner waren anwesend Oberamtmann Schabitz, Polizeioberst Wankenhorn u. a. Vertreter auswärtiger Feuerwehren, so von Mühlheim, Rehl, Forzheim und verschiedener Vororte wohnten der Übung mit großem Interesse bei. Die Freiwillige Sanitätskolonne des Männerhilfsvereins hatte wieder eine Bereitschaftswache gestellt, doch verlief die Übung ohne jeglichen Unfall.

Volksbühne. Das Landes-Theater beginnt bekanntlich am 8. September seine neue Spielzeit. Sehr schnell folgt in diesem Jahre die Volksbühne, in dem Bestreben, eine Reihe Vorstellungen im Konzerthaus noch ohne Heizung zu ermöglichen. Die Eröffnungsvorstellung (H/1) findet Dienstag den 18. September statt und bringt die Sternheimische Tragikomödie „Mittler Schappel“, die für eine Volksbühne ganz besonders geeignet erscheint. In der Oper werden die Vorstellungen der zwischen den Organisationen nunmehr verlaufenden Opern „Cavalleria rusticana“ und „Bojazzo“ bezw. „Die lustigen Weiber von Windsor“ fortgesetzt. Die erste Schauspielvorstellung im Landes-Theater bringt dann „Hamlet“. Weiterhin sind u. a. geplant: „Jungfrau von Orleans“, „Faust“, „Lanternen Himmelsfahrt“ von Gerhart Hauptmann, „Ein Volksfeind“ von Ibsen, „Maria Magdalena“ von Heibel. Die Hauptengagements für die Spielzeit sind abgeschlossen und im Verlaufe der kommenden Woche werden die Karten an die Vertrauensleute ausgegeben. Doch können jederzeit noch Nachmeldungen bei den Vertrauensleuten der Organisationen und der Betriebe erfolgen. Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle: Stephaniensstr. 74, Seitenbau III. Stock, täglich 5—7 Uhr, Samstag 11—14 Uhr.

Städtisches Konzerthaus. Wie bereits bekannt gegeben, findet heute (Freitag) die Eröffnung der Operntempeit „Verliebte Leute“ von Hummel statt. Am Samstag wird ebenfalls „Verliebte Leute“ wiederholt. Sonntag, den 2. September, finden zwei Vorstellungen statt und gelangt nachmittags 3 1/2 und abends 7 1/2 Uhr die Operette „Verliebte Leute“ zur Wiedergabe, womit die diesjährige Spielzeit beschlossen wird.

Landwirtschaftlicher Bedarf, landwirtschaftliche Maschinen

Empfehlenswerte Bezugsquellen für die badische Landwirtschaft
Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

Wieland, Faß & Co., G. m. b. H.
Telephon 1568. **Karlsruhe** Kaiserstr. 201
Telegramm-Adresse: Landmaschine.
Großhandlung landwirtsch. Maschinen
Generalvertreter der
R. Wolf Akt.-Ges., Magdeburg-Buckau für deren
Motor- u. Dampf-Dreschmaschinen.
Beste und billigste Bezugsquelle.

Beste, handhabungssichere
SPRENGSTOFFE
Sprengkapseln und Zündschnüre
zum Sprengen von Baumstumpen
Pulverfabrik Ettlingen (Baden)
Telephon Nr. 8

Fahrräder: Nähmaschinen
Herde :: Zubehörteile :: Öfen
Liefere in erstklassigen Marken und Ausführungen
Metz & Marx, Karlsruhe
Kreuzstraße 31 Telephon 31

**Kochbackherde, Kochherde, Hausback-
öfen, Zimmerheizöfen, Fleischräucher**
Liefert in guter, bewährter Ausführung
Anton Weber Herd- u. Ofenfabrik
Ettlingen

Verkaufsbüro
Köhler & Sommer
Karlsruhe



Die geographischen Grundlagen
des deutschen Volkstums
Von Prof. Dr. Norbert Krebs (Freiburg i. B.)
(„Wissen und Wicken“ Band 4)
Grundpreis M. 1.— x Schlüsselzahl des Buchhandels
Verlag G. Braun in Karlsruhe
Karlriedrichstraße 14.

Gebr. Wülker
Teleph. 573 Karlsruhe i. B. Ruppurrerstr. 64



Alleinvertreter der Firma Heinrich Lanz, Mannheim, Abt. A

K. Ertel, Karlsruhe
45 Kaiserallee 45
Landwirtschaftliche Maschinen aller Art
Spezialität in Milchseparatoren
Herde — Reparaturen — Öfen
Lieferung von Ersatzteilen zu Zentrifugen
und Maschinen aller Systeme
Anfertigung von haus-, hof-, Straßen- und
Flügelpumpen etc.

Neuregelung des Steuerabzugs.

Die Wirkung vom 1. September 1923 an tritt folgende Änderung ein: **§ 592**

Der einzubehaltende Steuerbetrag von 10 vom Hundert des Arbeitslohns ermäßigt sich:

1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung gehörende Ehefrau
 - a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um je 300 000 M. monatlich,
 - b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um je 86 400 M. wöchentlich,
 - c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um je 14 400 M. täglich,
 - d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um je 3000 M. für je zwei angefangene oder volle Arbeitstagen.

2. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen gehörende minderjährige Kind im Sinne des § 17 Absatz 2

- a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um 2 400 000 M. monatlich,
- b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um 576 000 M. wöchentlich,
- c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um 96 000 M. täglich,
- d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um 24 000 M. für je zwei angefangene oder volle Arbeitstagen; Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitsentlohnungen beziehen, werden nicht gerechnet;

3. zur Abgeltung der nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 zulässigen Abzüge

- a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um 3 000 000 M. monatlich,
- b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um 720 000 M. wöchentlich,
- c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um 120 000 M. täglich,
- d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um 30 000 M. für je zwei angefangene oder volle Arbeitstagen.

Auf Antrag ist eine Erhöhung dieser Beträge zuzulassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm zustehenden Abzüge im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 den Betrag von monatlich 30 000 000 M. um mindestens 3 000 000 M. monatlich übersteigen. Über den Antrag entscheidet das Finanzamt.

Siehe Abzüge im wirtschaftlichen Zusammenhange mit anderem Einkommen als Arbeitslohn, so sind sie zunächst von dem anderen Einkommen abzusetzen; nur insoweit diese Abzüge das andere Einkommen übersteigen, sind sie in die Abgeltung einbezogen.

Karlsruhe, den 30. August 1923.
Finanzamt. — Stadt und Land.

Bewertung der Sachbezüge für den Steuerabzug.

Auf Anordnung des Reichsfinanzministers wird die Bewertung der Sachbezüge für den Steuerabzug im Bezirk des Landesfinanzamts Karlsruhe neu geregelt. Mit Wirkung vom 1. September 1923 ist die volle freie Station (Verköstigung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung) folgendermaßen zu bewerten: **§ 593**

- a) für weibliche Hausangestellte, Lehrlinge, Lehrlinginnen und sonstige gering bezahlte weibliche Arbeitskräfte mit täglich 480 000 M., wöchentlich 3 360 000 M., monatlich 14 400 000 M., jährlich 172 800 000 M.;
- b) für männliche Hausangestellte, Knechte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen, mit täglich 624 000 M., wöchentlich 4 368 000 M., monatlich 19 200 000 M., jährlich 230 400 000 M.;
- c) für Angestellte höherer Ordnung (z. B. Ärzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäfts-

führer, Werkmeister, Gutsinspektoren) mit täglich 792 000 M., wöchentlich 5 544 000 M., monatlich 24 000 000 M., jährlich 288 000 000 M.

Wird keine Wohnung (mit Heizung und Beleuchtung), sondern nur freie Verpflegung gewährt, so betragen die Wertanschläge nur fünf Sechstel der oben bekannt gegebenen.

Karlsruhe, den 25. August 1923.
Landesfinanzamt,
Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern.
J. B. Ellstätter. Duca.

Befanntmachung.

Die hiesigen Finanzämter sind am 1. September d. J. bis abends 6 Uhr für das Publikum geöffnet. Karlsruhe, den 31. August 1923. **§ 606.**
Finanzamt — Stadt und Land.

Die Ausführung des Reichsmietengesetzes betr.

Der Bezirksrat Karlsruhe hat in der Sitzung vom 28. August 1923 die in Hundertteilen der Grundmiete ausgedrückten Zuschläge für die Berechnung der gesetzlichen Miete für den Landbezirk Karlsruhe mit Wirkung vom 1. September 1923 ab wie folgt festgesetzt:

1. für die Steigerung der Zinsen einer Belastung des Grundstücks und die Steigerung der Kosten bei der Erneuerung der Belastung **120 %**
2. für die Verwaltungskosten **2000 %**
3. für Betriebskosten

in Gemeinden ohne Umlage	368 000 %
in Gemeinden mit einem Umlagefuß bis 5 M.	368 100 %
in Gemeinden mit einem Umlagefuß von über 5 bis 10 M.	368 200 %
in Gemeinden mit einem Umlagefuß von über 10 bis 15 M.	368 300 %

Die Festsetzung der Zuschläge für die Betriebskosten ist ohne Einrechnung der Kosten der Räumreinigung zu verstehen. **§ 596**

4. für laufende Instandsetzungsarbeiten 1 200 000 %
5. für große Instandsetzungsarbeiten 1 200 000 %

Karlsruhe, den 28. August 1923.
Bezirksamt Abt. II. D.-B. 91

4 1/2 % Hypothekendarlehen seiner Durchlaucht des Fürsten Max Egon zu Fürstberg und der Fürstlichen Standesherrschaft Fürstberg zu Donaueschingen von 1913.

Bei der am 26. Juli 1923 vorgenommenen planmäßigen 10. Verlosung sind die nachstehenden Teilschuldberechtigungen gezogen worden:

Serie A zu M. 2000: Nr. 89 96 123 498 505 518 650 670 674 707 726 733 738 850 884 912 938 982 1013 1046 1144 1200 1222 1229 1316 1345 1509 1602 1725 1816.

Serie B zu M. 1000: Nr. 2177 2199 2217 2514 2519 2564 2740 2752 2838 2844 2920 3042 3155 3280 3345 3409 3502 3568 3772 3779 3857 3884 3919 3974 4031 4188 4209 4226 4243 4355 4477 4505 4590 4610 4658 4674 4763 4819 4872 4979 4998 5025 5098 5118 5248 5255 5279 5368 5428 5498 5509 5527 5590 5600 5641 5840 5930 5951 5953 6350 6421 6694 6806 6823 6837 6861 6982 6983 7066 7139 7182 7229 7343 7391 7478 7489 7511 7655 7662 7670 7737 7807 7820 7875 7930 8116 8140 8178 8303 8391 8416 8434 8527 8535 8575 8593 8636 8673 8725 8843 8884 8986 9027 9033 9102 9156 9176 9255 9431 9447 9585 9675 9708 9772 9804 9931 10002 10047 10096 10109 10142 10199 10235 10249 10272 10364 10506 10683 10769 10804

Wertbeständiger Personen-, Gepäd- und Expresguttarif.

Nachbeständig der Genehmigung der Aufsichtsbehörde werden zum 1. September 1923 auf unseren Nebenbahnen (Nebenbahn Bruchsal-Gilbsbach-Kenningen, Württemberg-Baden, Karlsruhbahn, Karlsruhbahn-Süßenhardt und Wiesloch-Refkesheim-Baldangeloch) wertbeständige Personen-, Gepäd- und Expresguttarife eingeführt, womit auch eine Tarifserhöhung verbunden ist. Auskunft erteilt unser Verkehrsamt.

Karlsruhe, 30. Aug. 1923.
Badische Lokal-Eisenbahnen A.-G. B.760

Berechnung von Tiefbauarbeiten für das IV. Baujahr des württ. Zeitstrecks der Nebenbahn Weiten-Kirnbach auf der Marlung-Verbindung; hauptsächlich bestehend aus Erdbewegung 43 000 Kubikmeter, Wägenarbeiten 28 500 Quadratmeter, Feldwegebefestigung 8000 Quadratmeter, Terrasserungen und Siderungen je 800 Kubikmeter, Bahn- und Weichenherstellung 140 Km., Straßen- und Wegbefestigungen 3000 Quadratmeter. Näheres ist die Berechnung des Bad. Ministeriums der Finanzen vom 3. Januar 1923. Bedingungsliste und Pläne liegen nur in unserem Bauamt in Knittlingen auf. Abgabe von Angebotsordern dort nur an persönlich erscheinende Bewerber gegen Erlass der Selbstkosten. Führung über die Baustelle auf Wunsch. Angebote mit der Aufschrift „IV. Baujahr“ verschlossen und postfrei sind bis spätestens Dienstag, den 18. September 1923, vormittags 11 Uhr, bei der Inspektion einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Wetten, 28. Aug. 1923.
Deutsche Reichsbahn-Bauinspektion.

Rückstände aus früheren Verlosungen:

Serie A zu M. 2000: Nr. 57 62 199 471 556 564 633 763 1067 1174 1243 1392 1618 1702 1798.

Serie B zu M. 1000: Nr. 2073 2074 2075 2142 2143 2423 2480 2554 2589 2595 2801 3536 3588 3902 4496 5010 5326 5440 5493 5536 5544 5689 5865 5960 6019 6037 6041 6224 6508 6885 6890 7070 7116 7181 7188 7193 7206 7395 7504 7663 8043 8073 8702 9052 9075 9112 9392 9520 10042 10222 10226 10482 10495 10588 10662 10663 10895 10780 10835 12123 11569 11585 11717 11942 12078 12094 12180 12185 12203 12510 12523 12569 12571 12624 13182 13253 13353 13425 13645 13722 13744 13762 14583 15033 15084 15085 15261 15343 15369 15415 15616 15719 15722 16070 16134 16251 16379 16532 16609 16662.

Serie C zu M. 500: Nr. 17141 17224 17248 17541 17696 17711 17825 17833 17881 17938 18037 18053 18142 18195 18218 18224 18350 18415 18438 18576 18655 18729 18937 19068 19124 19154 19165 19277 19361 19401 19456 19563 19568 19599 19621 19650 19714 19761 20593 20624 20646 20817 20914 20938 20975 21009 21017 21057 21076 21109 21110 21112 21310 21419 21433 21771 21515 21594 21656 21755 21792 21853 21896 21892 21922 21923 21994 22017 22040 22144 22285 22321 22328 22334 22507 22513 22542 22773 22833 22850.

Die Verlosung endigt mit dem 30. September 1923. Auf 1. Oktober 1924 werden voraussichtlich sämtliche Schuldverschreibungen zur Heimzahlung gefündigt. Zur Vermeidung des Druckes neuer Zinscheine werden die auf 1. April 1924 fälligen Zinsraten schon vom 1. Oktober 1923 ab gegen Vorlegung der Zinscheinebogen, die am 1. Oktober 1924 fälligen Raten vom 1. September 1924 ab gegen Vorlage der Rätel ausbezahlt.

Die Einlösung der gefündigten Schuldverschreibungen erfolgt vom 1. Oktober 1923 ab

in Berlin: bei der Deutschen Bank, der Bank für Handel und Industrie und der Mitteldeutschen Kreditbank;

in Frankfurt a. M.: bei der Deutschen Bank, der Bank für Handel und Industrie, der Rheinischen Bankgesellschaft, der Deutschen Vereinsbank und der Mitteldeutschen Kreditbank;

in Mannheim: bei der Rheinischen Kreditbank; in Ludwigshafen: bei der Rheinischen Kreditbank; in Karlsruhe: bei der Rheinischen Kreditbank, dem Bankhaus Heit & Hamburger und dem Bankhaus Strauß & Co.;

in München: bei der Deutschen Bank, der Bank für Handel und Industrie, der Bayerischen Handelsbank, der Bayerischen Vereinsbank, dem Bankhaus Merd, Fink & Co. und der Mitteldeutschen Kreditbank.

Rückstände aus früheren Verlosungen:
Serie A zu M. 2000: Nr. 57 62 199 471 556 564 633 763 1067 1174 1243 1392 1618 1702 1798.
Serie B zu M. 1000: Nr. 2073 2074 2075 2142 2143 2423 2480 2554 2589 2595 2801 3536 3588 3902 4496 5010 5326 5440 5493 5536 5544 5689 5865 5960 6019 6037 6041 6224 6508 6885 6890 7070 7116 7181 7188 7193 7206 7395 7504 7663 8043 8073 8702 9052 9075 9112 9392 9520 10042 10222 10226 10482 10495 10588 10662 10663 10895 10780 10835 12123 11569 11585 11717 11942 12078 12094 12180 12185 12203 12510 12523 12569 12571 12624 13182 13253 13353 13425 13645 13722 13744 13762 14583 15033 15084 15085 15261 15343 15369 15415 15616 15719 15722 16070 16134 16251 16379 16532 16609 16662.

Serie C zu M. 500: Nr. 17141 17207 17673 17674 17699 17775 17959 17964 17975 18010 18233 18545 18699 18901 18998 19208 19705 19715 20272 20297 20709 21006 21019 21023 21073 21162 21185 21190 21205 21232 21323 21374 21578 21786 21867 22047 22252 22268 22704 22864.

Donaueschingen, den 23. August 1923.
Fürstlich Fürstenbergische Kammer.

Detektiv Institut

„Mannheim“
O. G. 6.
Planzen B. 47
Febr. 1923

R. Maier & Co., G. m. b. H.